

100 TAGE GUTE POLITIK FÜRS LAND

DIE SCHWARZE HANDSCHRIFT WIRKT.



CDU



**DIE MINISTERINNEN UND MINISTER
DER CDU
IN DER LANDESREGIERUNG
VON BADEN-WÜRTTEMBERG**

Peter Hauk MdL

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Dr. Susanne Eisenmann

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

Thomas Strobl

*Stellvertretender Ministerpräsident
und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration*

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Guido Wolf MdL

Minister der Justiz und für Europa

»WIR WOLLEN BADEN-WÜRTTEMBERG DIENEN.«

Seit gut 100 Tagen ist die neue Landesregierung im Amt. In einer ersten Bilanz lässt sich sagen, dass das bundesweit einmalige Bündnis zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU trotz mancher Unkenrufe harmoniert.

Der vertrauensvolle Umgang miteinander, der schon die Koalitionsverhandlungen geprägt hatte, ist geeignet, bereits jetzt konstruktive Ergebnisse vorzuweisen. Die unterschiedlichen Kompetenzen, die beiden Partnern zueigen sind, ermöglichen zielorientiertes und praktisches Regierungshandeln. Und daran werden wir gemessen.

Die jetzige Koalition haben wir uns nicht gewünscht. Aber die Wählerinnen und Wähler haben so entschieden, und das haben wir akzeptiert. Der Koalitionsvertrag, den zwei fast gleichstarke Partner ausgehandelt haben, ist eine solide Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre. Er trägt deutlich die Handschrift der CDU und ist mit viel schwarzer Tinte geschrieben.

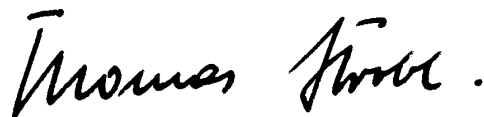
Wir haben uns viel vorgenommen, und wir sind als CDU gut unterwegs – diese 100-Tage-Bilanz zeigt es.

Wir werden unsere Überzeugungen nicht über Bord werfen, sondern unseren Markenkern bewahren: konservativ im besten Sinne, modern und der Zukunft zugewandt.


Das gibt uns die Chance, in diesem Arbeitsbündnis auf Zeit das Profil der CDU zu schärfen und gestärkt aus dieser Koalition hervorzugehen. Gelingen wird es uns aber nur, wenn wir die Probleme lösen, die die Menschen beschäftigen. Wir sind und bleiben vertragstreu, aber wir wissen auch, dass wir um manchen Kompromiss hart ringen müssen.

Denn es bleibt dabei: Wir haben eine große Verantwortung und wir wollen das Beste für unser Land. Allein darum geht es.

Mit herzlichen Grüßen



Thomas Strobl
Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg



Manuel Hagel MdL
Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

»DIE SICHERHEIT STEHT AN ERSTER STELLE.«



Thomas Strobl ist seit 12. Mai 2016 Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration. Der CDU-Landesvorsitzende bringt aus fast 20 Jahren im Bundestag viel innenpolitische Erfahrung mit. Ganz besonders am Herzen liegt ihm die Digitalisierung: „Eine Revolution, die man gestalten kann“, so Strobl.

Die Sicherheit und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sind absolute Kernaufgaben der Landespolitik. Und die Innere Sicherheit ist eine der Kernkompetenzen der Union. Wir haben vom ersten Tag an daran gearbeitet, für mehr Sicherheit zu sorgen und den Schutz der Bevölkerung zu verbessern.

Wir schützen bestmöglich!

Terroranschläge und ein Amoklauf in Würzburg, Nizza, München und Ansbach sowie ein gescheiterter Putschversuch in der Türkei haben die Menschen erschüttert: Sie spüren, dass es auch bei uns in Baden-Württemberg jederzeit zu solch schlimmen Blutaten kommen kann. Die Terrorgefahr – etwa durch den Islamischen Staat – ist sehr groß. Deswegen tun wir alles, was wir können, um die Menschen bestmöglich zu schützen – auch wenn allen klar ist, dass es keine 100-prozentige Sicherheit geben kann.

Thomas Strobl, der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, hat noch vor der Sommerpause im Ministerrat ein ganzes Maßnahmenpaket vorgestellt. Wir setzen einen Schwerpunkt bei der Bekämpfung des Islamismus: Aufgaben bei der Polizei werden neu priorisiert und 100 Beamte aus anderen Aufgabefeldern werden in diesem Bereich zusätzlich eingesetzt. Außerdem sollen 30 IT-Experten, Experten zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, Darknet-Experten und Experten im arabischen Sprach- und Kulturkreis eingestellt werden. Wir stärken die Angebote von Beratungsstellen für Angehörige von radikalisierten Menschen und bauen sie aus. Zudem: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum! Wir wollen die komplexen Strukturen im sogenannten „Darknet“, einem Umschlagplatz unter anderem für illegale Waffen, aufbrechen.

Ein Schwerpunkt: der Kampf gegen Einbrüche

Bei einem Einbruch geht es um viel mehr als den materiellen Schaden: Viele Opfer sind regelrecht traumatisiert, weil in ihre Privat- und Intimsphäre eingedrungen wurde. Deshalb haben viele Menschen Angst vor einem Einbruch. Das nehmen wir sehr ernst! Deshalb haben wir eine mit Bayern bestehende Zusammenarbeit auf Hessen und Rheinland-Pfalz ausgeweitet: Damit sorgen wir für einen besseren Informationsaustausch, eine stärkere gemeinsame Täterfahndung sowie eine noch intensivere Zusammenarbeit bei konkreten Ermittlungsverfahren und in der Prävention. Dadurch sind wir besser in der Lage, gegen gut organisierte, osteuropäische Banden vorzugehen und die Täter zu fassen.

Keine Gewalt gegen die Polizei!

Immer mehr Polizistinnen und Polizisten werden Opfer von gewalttätigen Angriffen. Dabei gilt für uns: Einen Angriff auf die Polizei betrachten



wir als Angriff auf die gesamte Gesellschaft. Wir haben deshalb bereits Maßnahmen zum Schutz unserer Polizisten ergriffen: Die Koalitionsfraktionen haben einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, der die Rechtsgrundlage für die Einführung von Body-Cams schafft. Mit den Body-Cams haben wir ein Instrument, das in Konfliktsituationen deeskalierend wirken und Konflikte dokumentieren kann.

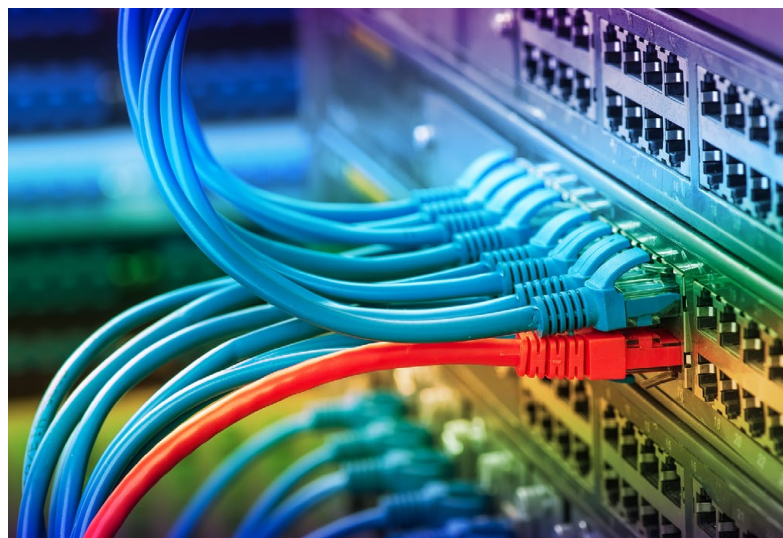
Das Land hilft, wo Hilfe nötig ist

Die Bürger erwarten im Katastrophenfall schnelle Hilfe und die Unterstützung bei der Beseitigung von Schäden. Auch hier waren wir in den ersten 100 Tagen gefordert.

Am Abend des 29. Mai 2016 ereigneten sich vor allem in den östlichen Landesteilen unwetterartige Niederschläge. Dabei kam es in mehreren Stadt- und Landkreisen zu Überflutungen und Erdbeben. Vier Menschenleben waren zu beklagen. In der Nacht vom 29. auf den 30. Mai waren mehr als 7.000 Einsatzkräfte von Feuerwehr, THW, DLRG und Rettungsdienst tätig. Durch den Einsatz konnten Menschenleben gerettet und noch größere Schäden verhindert werden. Bei der Schadensbeseitigung haben wir die Menschen nicht allein gelassen. Unmittelbar nachdem das ungeheure Ausmaß und die Folgen der Unwetter klar waren, hat das Land unbürokratisch und schnell eine Soforthilfe gestartet: Landesweit wurden 5,4 Millionen Euro Soforthilfe an Privatpersonen und kleine Gewerbebetriebe ausgezahlt.

Besonders schwer vom Unwetter betroffen war Braunsbach. Fast der ganze Ort erlitt Schäden und zahlreiche Gebäude wurden zerstört. Aus

eigener Kraft wird die Gemeinde den Wiederaufbau finanziell nicht stemmen können – der Wiederaufbau wird voraussichtlich rund 100 Millionen Euro kosten. Das Kabinett hat deshalb bereits am 28. Juni beschlossen, 10,6 Millionen Euro als Sonderförderprogramm für Braunsbach zur Verfügung zu stellen. Die Mittel dienen der unmittelbar notwendigen Schadensbeseitigung.



Digital. Erfolgreich. Baden-Württemberg.

Zentrales Anliegen unserer Landesregierung ist es, die Digitalisierung des Landes voranzutreiben und zum Erfolgsfaktor für Baden-Württemberg zu machen. Eine erfolgreiche Digitalisierung – und damit die Zukunft des Standortes Baden-Württemberg – steht und fällt mit der richtigen Infrastruktur.

Gerade für Unternehmen im Ländlichen Raum ist schnelles Internet entscheidend wichtig. Deshalb wurden beim Digitalisierungsminister Thomas Strobl alle Aktivitäten der Landesregierung gebündelt. Die ersten Fördergelder für den kommunalen Breitband-Ausbau sind im Land angekommen. In den ersten 100 Tagen wurden 70 Landkreise, Städte und Gemeinden mit insgesamt 12,9 Millionen Euro gefördert.

»AUF DIE QUALITÄT KOMMT ES AN.«



Dr. Susanne Eisenmann ist seit 12. Mai 2016 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport. Die 51-jährige war zuvor elf Jahre lang Schulbürgermeisterin der Landeshauptstadt Stuttgart. Ihr Credo „Auf die Qualität kommt es an.“ stellt die pragmatische Politikerin vor Schulstrukturdiskussionen und ideologische Auseinandersetzungen.

Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann hat mit dem Dritten Nachtrag zum Haushalt 2016 die ersten Weichen für die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung bereits stellen können.

Wie wichtig eine starke Berücksichtigung ihres Ressorts dabei war, haben die aktuellen Befunde der Lernstandsuntersuchung VERA 8 gezeigt, die am 1. Juli 2016 an alle weiterführenden Schulen gingen. Bei diesem Test wurden im Frühjahr 2016 alle Achtklässler in Baden-Württemberg auf ihre Leistungen im Lesen, Rechtschreiben, in der Mathematik und in der Fremdsprache getestet. Dabei wurde deutlich, dass mit Ausnahme der Gymnasien alle weiterführenden Schularten erheblichen Nachholbedarf besonders beim Lernstand in der Mathematik und im Rechtschreiben haben. Eklatant sind die Defizite bei den Haupt- und Werkrealschulen sowie bei den Gemeinschaftsschulen.

Mehr Förderung in den Kernfächern

Die bildungspolitischen Konsequenzen liegen auf der Hand: Es braucht wieder mehr Lernzeit und mehr individuelle Förderung in den Kernfächern. Es braucht auch mehr Verlässlichkeit in den Grundlinien der Bildungspolitik, damit die Schulen genug Ruhe und Rückendeckung für ihre zentralen Aufgaben haben. Für die CDU ist außerdem klar, dass sich guter Unterricht durch verlässliche Lernzeiten und durch eine stabile Fachlichkeit auszeichnet.

Die Grundlagen für mehr Qualität in den weiterführenden Schulen werden schon im vorschulischen Bereich und in der Grundschule gelegt. Deshalb wird die Stundentafel der Grundschule in den Fächern Deutsch und Mathematik um je zwei Stunden erweitert werden, was einem Gesamtbedarf von 640 Deputaten entspricht. Diese Erweiterung erfolgt in zwei Stufen und beginnt ab dem kommenden Schuljahr zunächst in den Klassen 1 und 2 mit 320 zusätzlichen Deputaten. Mit einem Kabinettsbeschluss nach der Sommerpause sollen darüber hinaus die eingerichteten Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige über das Jahr 2016 verlässlich ausgestattet werden. Ein entsprechender Auftrag ist im Koalitionsvertrag formuliert.

Mehr Deputate für die Gymnasien

Die Gymnasien im Lande erhalten zum neuen Schuljahr 111 zusätzliche Deputate, um an der Schwelle zur gymnasialen Oberstufe Vertiefungsstunden in den Pflichtabiturfächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache zu ermöglichen. Die 200 zusätzlichen Stellen für die Beschulung von Flüchtlingskindern werden über das Ende des Jahres 2016 hinaus verlängert. Insgesamt werden in sogenannten VKL- und VABO-Klassen derzeit über 40.000 Flüchtlingskinder in über 2.400 Klassen beschult.

Stärkung der Realschule

Für den Haushalt 2017 wurden auf der Grundlage des Koalitionsvertrags zusätzliche Poolstunden für die Realschulen angemeldet. Die Stärkung der Realschulen im Lande ist der CDU mit Blick auf die neue Legislaturperiode ein besonders wichtiges Anliegen. Hier geht es darum, über die Poolstunden mehr Lernzeit zu ermöglichen und diesbezüglich die Benachteiligung gegenüber den Gemeinschaftsschulen bis zum Ende der Legislaturperiode zu beenden.

Zusätzlich ist im Koalitionsvertrag der Anspruch formuliert, mehr Leistungsdifferenzierung in den Angeboten zu ermöglichen. So soll die Realschule ab Klassenstufe 8 die Möglichkeit erhalten, ebenso wie die Gemeinschaftsschule das sogenannte „erweiterte Niveau“ anzubieten. Wenn man die Befunde dieser beiden Schularten bei VERA 8 vergleicht, ist das nur recht und billig.

Neujustierung der Grundschulempfehlung

Nach der Sommerpause werden die politischen Gremien auch mit der erforderlichen Nachjustierung bei der Grundschulempfehlung befasst. Zwar bleibt es dabei, dass die Grundschulempfehlung nicht verbindlich ist. Das Beratungsverfahren vor und nach dem Übergang wird allerdings verbindlicher ausgestaltet. Außerdem ist ganz wesentlich, dass die Grundschulempfehlung wieder der weiterführenden Schule vorzulegen ist.

Mehr Flexibilität beim Ganztagsangebot

Die Planungen für einen Ganztagschulkongress im Herbst laufen auf Hochtouren. Auf die Bestandsaufnahme wird die Nachjustierung der Angebote erfolgen, damit mehr Verlässlichkeit und auch mehr Flexibilität ermöglicht werden kann.

Gymnasiale Oberstufe an Gemeinschaftsschulen nur in engen Grenzen

Politisch abgestimmt sind außerdem die Prognosekriterien zur Einrichtung von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Wesentliches Kriterium ist dabei, dass Gemeinschaftsschulen stabil vierzünftig gestartet sein müssen, um für eine Berücksichtigung in Frage zu kommen.



Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrer

Gestellt sind auch die Weichen für die Qualifizierung der Haupt- und Werkrealschullehrkräfte, die bereits an anderen Schulen unterrichten, sowie für diejenigen, die an auslaufenden Haupt- und Werkrealschulen tätig sind. Das Qualifizierungskonzept ist formuliert, so dass die Maßnahmen mit Beginn des Schuljahres 2016/2017 eingeleitet werden können. Im laufenden Haushaltsjahr werden dafür 200.000 Euro eingesetzt. Im Haushalt 2017 stehen die Qualifizierungsmaßnahmen auf der Prioritätenliste des Kultusministeriums ganz oben.

»MUSTERLÄNDLE RELOADED.«



Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL ist seit 12. Mai 2016 Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau. Von ihren Amtsvorgängern im „WM“ unterscheidet sie vor allem eines: Sie kommt aus der Wirtschaft. Aufgewachsen in einer Unternehmerfamilie liegen ihr die Anliegen der klein- und mittelständischen Betriebe besonders am Herzen.

Nach langer Zeit trägt die CDU wieder die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik im Land. Das jetzt wieder eigenständige Wirtschaftsministerium ist um die Bereiche Bau- und Planungsrecht, Landes- und Regionalplanung sowie die Arbeitsmarktpolitik gestärkt worden. Damit ist es möglich, wieder eine Wirtschafts- und Mittelstandspolitik aus einem Guss für Baden-Württemberg und die Menschen in unserem Land zu machen.

Technologiepolitik: Wirtschaft 4.0

Eines der zentralen wirtschaftspolitischen Themen ist die Technologiepolitik. Wir befinden uns mitten in der digitalen Revolution. Sie verändert grundlegend die Art und Weise, wie wir produzieren und arbeiten, wie wir konsumieren und leben. Im Rahmen der von der Landesregierung vorangetriebenen Digitalisierungsstrategie digital@bw entsteht im Wirtschaftsministerium ein breit

aufgestelltes Konzept „Wirtschaft 4.0“. Darin werden alle von der Digitalisierung betroffenen Branchen einbezogen. Der Mittelstand als Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft wird ganz stark in den Blick genommen. Der neue Ansatz geht deutlich über die bisherige „Allianz Industrie 4.0“ hinaus. Hinzu kommen sollen Maßnahmen zur Förderung der Digitalisierung in Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor.

Berufliche Ausbildung / Ausbildungsbündnis

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, das Ausbildungsbündnis fortzuführen. Am 18. Juli 2016 haben die Partner des Ausbildungsbündnisses in einem Spitzengespräch unter Leitung von Wirtschaftsministerin Dr. Hoffmeister-Kraut eine Bilanz des Ausbildungsjahres 2015 gezogen. Die Entwicklung insgesamt ist gut, aber Herausforderungen bleiben bestehen. Der seit drei Jahren zu verzeichnende Rückgang bei der Zahl neuer Ausbildungsverträge konnte in 2015 gestoppt werden. Allerdings ist der Ausbildungsmarkt auch gekennzeichnet durch eine hohe Zahl von Bewerbern, die nicht den gewünschten Ausbildungsplatz gefunden haben. Dem gegenüber steht eine steigende Zahl von unbesetzten Ausbildungsstellen. Gemeinsam wollen die Partner des Ausbildungsbündnisses deshalb neue Akzente setzen.

Wir werden gemeinsam an einer besseren Wertschätzung der beruflichen Ausbildung arbeiten und noch deutlicher herausstellen, dass auch für Leistungstärkere die Berufsausbildung eine attraktive Alternative sein kann. Noch mehr Augenmerk werden wir auf ein gutes Angebot zur Berufsorientierung in den Schulen legen, insbesondere an den Gymnasien. Aber wir wollen auch, dass Realschulabgänger die duale Ausbildung wieder als ernsthafte Alternative kennen und schätzen lernen.

Besonders wichtig ist uns der weitere Ausbau der Reform des Übergangs Schule Beruf. Wir können es uns nicht leisten, dass viele Jugendliche im Übergangsbereich landen und dort wertvolle Jahre verlieren, bevor ihnen der Weg in eine Berufsausbildung gelingt. Dies gilt es zu optimieren. Wir werden den Modellversuch Neugestaltung des Übergangs Schule Beruf auf weitere Landkreise ausdehnen. Wir werden uns verstärkt auch den Studienaussteigern zuwenden. Angesichts der Abbruchquoten an den Hochschulen besteht hier ein großes Potential für die Berufsausbildung.

Schließlich stehen wir in den kommenden Jahren vor der großen Herausforderung, viele Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dies kann für die bis 30-Jährigen am besten über eine Ausbildung und den anschließenden Übergang in eine Berufstätigkeit erfolgen. Es gilt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass genügend Flüchtlinge ausbildungsreif und ausbildungsinteressiert sind. Das erfordert, Kenntnisse des deutschen Ausbildungssystems zu vermitteln und die Vielfalt der Berufe anschaulich zu machen. Vor allem aber ist für die notwendigen Sprachkenntnisse zu sorgen.

Wir unterstützen die Integration von Flüchtlingen in Ausbildung durch folgende Maßnahmen:

Wir fördern sogenannte regionale Kümmerer. Die „Kümmerer“ sollen geeignete junge Flüchtlinge identifizieren, betreuen und passgenau in Praktika und Ausbildung vermitteln sowie die Betriebe unterstützen. Mit dieser Arbeit erleichtern sie den Übergang der Flüchtlinge in eine Ausbildung. Aufgrund der durch das Integrationsgesetz verbesserten Bleibeperspektive geduldeter Auszubildender wird die Zielgruppe im „Kümmerer-Programm“ ausgeweitet.

Als ganz neue Maßnahme werden wir die Berufsorientierung von Flüchtlingen fördern. Dazu ermöglichen wir es, dass Flüchtlinge in den Werkstätten der Bildungszentren der Wirtschaft ganz praktisch unterschiedliche Berufe ausprobieren können.

Bei den Beratungen zum Integrationsgesetz auf Bundesebene haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass bei Flüchtlingen während der dreijährigen Ausbildung sowie den folgenden ersten Beschäftigungsjahren keine Abschiebung erfolgt. Das schafft für die Unternehmen Rechtssicherheit und bessere Planbarkeit bei der Einstellung von Flüchtlingen.

Wohnungsbau / Wohnraum-Allianz

Steigende Immobilienpreise in den Ballungszentren und der Zuzug von Flüchtlingen erschweren es Menschen aus finanziell prekären Verhältnissen, insbesondere in Ballungsräumen, aber auch jungen Familien mit Kindern aus der Mittelschicht, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Wir wollen die Wohnraumfördermittel des Landes von 205 Mio. Euro in 2016 auf 250 Mio. Euro in 2017 erhöhen. Nur gemeinsam mit allen strategischen Partnern aus dem Bereich Wohnungsbau wird der erforderliche Aufbruch für mehr bezahlbaren Wohnraum gelingen.

Mit der Gründung der Wohnraum-Allianz ist ein zentrales Forum zur Erörterung aller mit dem Wohnungsbaugeschehen verbundenen Fragen geschaffen worden. Erstmals haben wir dabei alle für den sozialen Wohnungsmarkt wichtigen Akteure aus Wohnungs- und Bauwirtschaft, den kommunalen Spitzenverbänden, den Landtagsfraktionen, sowie von Banken oder auch des Natur- und Umweltschutzes an einen Tisch geholt, um eines der wichtigsten Projekte der Regierung anzugehen. Ziel ist, noch in 2016 zu ersten Vorschlägen zu kommen, die schnell umgesetzt werden können. Die Wohnraum-Allianz wird sich mit folgenden Themen beschäftigen:

1. Bedarfsgerechte Ausweisung von Flächen für den Wohnungsbau in den Flächennutzungsplänen durch die Planungsträger im Rahmen der gegebenen Flächennutzungsplanung,
2. Entwicklung von Wohnbauflächen zu qualifiziertem Bauland durch die Gemeinden,
3. Beschleunigung und Vereinfachung von Baugenehmigungsverfahren,
4. Vereinfachung der Vergabeverfahren,
5. Überprüfung kostenintensiver Baustandards aus allen Rechtsbereichen,
6. Attraktivierung von Investitionen in den Wohnungsbau (steuerliche Anreize, Mietrecht),
7. Optimierung der Förderinstrumente des Landes.

»DEN RECHTSSTAAT DURCHSETZEN.«



Guido Wolf MdL ist seit 12. Mai 2016 Minister der Justiz und für Europa. Der erfahrene Verwaltungsexperte war Bürgermeister, Landrat und Richter. Deshalb ist er genau der Richtige im „JM“. „Eine leistungsfähige Justiz ist kein Selbstzweck, sondern Dienst an den Bürgern“, so Wolf.

Starke Justiz für einen starken Rechtsstaat

Ohne leistungsfähige Gerichte und Staatsanwaltschaften, ohne den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Rechtspflege, den Notariaten und Grundbuchämtern ist kein Staat zu machen. Für Justizminister Guido Wolf steht deshalb eine bessere personelle wie sächliche Ausstattung der Justiz im Mittelpunkt der 16. Wahlperiode. Dies betrifft die Zivil- und Fachgerichtsbarkeit ebenso wie die Strafgerichte und Staatsanwaltschaften. Gerade sie sind für mehr Sicherheit in Baden-Württemberg mitentscheidend. Denn ohne eine ausreichende Zahl von Richtern und Staatsanwälten würden viele polizeiliche Maßnahmen geradezu ins Leere laufen.

Die hohe Akzeptanz gerichtlicher Entscheidungen beruht auch auf der erkennbaren Neutralität unserer Justiz. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass die Gerichte allein

auf der Grundlage von Recht und Gesetz und eben nicht vor dem Hintergrund religiöser Einstellungen entscheiden. Weltanschauliche oder religiöse Symbole wie ein Kopftuch erzeugen bei vielen Menschen jedoch genau diese Besorgnis. Vor dem Hintergrund erster einzelner Fälle bereitet das Justizministerium deswegen aktuell die gesetzliche Grundlage für ein „Kopftuchverbot“ für Richterinnen und Staatsanwältinnen vor.

Die steigende Zahl vor allem ausländischer Strafgefangener stellt den Strafvollzug vor erhebliche Herausforderungen. Das Justizministerium treibt deshalb die Erweiterung des Haftplatzangebots an den Standorten Stuttgart-Stammheim, Mannheim und Heilbronn bis Ende 2017 ebenso weiter voran wie die Entwicklung des neuen Standorts Rottweil. Zugleich setzen wir auf zusätzliche personelle Kräfte, um auf die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe und spezifischen Probleme der Gefangenen reagieren zu können.

Mit der Rücküberführung der Bewährungs- und Gerichtshilfe in staatliche Trägerschaft zum 1. Januar 2017 hat das Justizministerium einen Auftrag der Koalitionsvereinbarung zeitnah umgesetzt. Zentrales Ziel der komplett übernommenen haupt- und ehrenamtlichen Helfer wird auch in Zukunft die erfolgreiche Resozialisierung der Täter und damit ein unmittelbarer Gewinn an Sicherheit für die Gesellschaft sein.

Um das Konzept der „Häuser des Jugendrechts“, in denen alle Verfahrensbeteiligten von der Justiz über die Polizei bis zu den Jugendämtern an einem Tisch sitzen, weiter in die Fläche zu tragen, prüft das Justizministerium derzeit weitere Standorte in Heilbronn und Ulm. Gerade im Bereich jugendlicher Straftäter soll damit eine schnelle Reaktion des Rechtsstaats möglich gemacht werden. Denn wenn Strafe sozusagen unmittelbar auf dem Fuß folgt, ist die Abschreckungswirkung am höchsten.

In Sachen Digitalisierung der Justiz ist das Land Vorreiter. Als erstes Bundesland führt Baden-Württemberg die vollelektronische Akte in gerichtlichen Streitverfahren ein, ganz ohne Aktenführung in Papier. Beim Landgericht Mannheim und beim Arbeitsgericht Stuttgart erproben jeweils vier Kammern im Rahmen eines Pilotprojekts diesen grundlegenden Wandel in der Justiz. Bis zum Jahr 2022 wird an allen Gerichten des Landes die elektronische Akte eingeführt sein.

Die Flüchtlingskrise rechtsstaatlich meistern

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher auch eine Aufgabe für die Justiz des Landes. Es kommt darauf an, die Ressourcen des Landes zielgerichtet einzusetzen und vor allem denjenigen zu helfen, die dauerhaft bei uns bleiben werden. Zügige Verfahren und schnelle rechtsstaatliche Entscheidungen schaffen Klarheit und entlasten alle Beteiligten. Anlässlich der Justizministerkonferenz im Mai hat eine unter anderem von Baden-Württemberg geleitete Arbeitsgruppe deshalb zahlreiche Reformvorschläge für eine Vereinfachung des Asylprozessrechts unterbreitet. Deren zentrale Ergebnisse zur Beschleunigung der Verfahren vor den Verwaltungsgerichten gilt es möglichst rasch bundesrechtlich umzusetzen.

Für Justizminister Guido Wolf ist neben dem Erlernen der deutschen Sprache das aktive Bekenntnis zu unserer Werteordnung ein zentraler Baustein der Integration: Rechtsstaat und Demokratie. Freiheitsrechte wie die Glaubens-, Meinungs- und Medienfreiheit. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Faires Verfahren und das Gewaltmonopol des Staates. Von Zuwanderern dürfen wir die Anerkennung dieser „Spielregeln“ verlangen; deren Missachtung müssen wir spürbar sanktionieren. Um die Vermittlung grundlegender Wert- und Funktionsvorstellungen aktiv voranzutreiben, bereitet das Justizministerium derzeit die Einführung eines Rechtskundeunterrichts für Flüchtlinge vor. Modulartig aufgebaut und mit begleitenden Unterrichtsmaterialien ausgestattet, könnten aktive sowie pensionierte Richter und Staatsanwälte diesen Unterricht gestalten und unsere Staats- und Rechtsordnung erfahrbar machen.

Subsidiarität und Rechtsstaatlichkeit in Europa

Die Politikfelder Justiz und Europa ergänzen sich für Minister Guido Wolf gerade in diesen Tagen. Sowohl die „Brexitentscheidung“ als auch die Ereignisse in der Türkei erfordern eine Rückbe-

sinnung auf zentrale europäische Grundprinzipien wie Subsidiarität und Rechtsstaatlichkeit. Die Einhaltung vereinbarter Rechtsstandards muss in Europa wieder zur Regel werden - beispielsweise bei der Einhaltung der Stabilitätskriterien oder hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen. Rechtsstaatlichkeit darf nicht zur Disposition stehen. Wenn die Türkei die Todesstrafe wieder einführt, kann sie nicht Mitglied der Europäischen Union werden.

Als Reaktion auf den „Brexit“ hat der Europaminister eine „Brexitfolgenabschätzung“ angestoßen, die das Haus derzeit in Zusammenarbeit mit den Europareferenten anderer Ressorts erstellt. Ziel ist es, die Auswirkungen der britischen Ausstiegsentscheidung auf Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft zu bewerten. Hinsichtlich der Freihandelsabkommen setzt Guido Wolf als Vorsitzender des TTIP-Beirats klar auf die Chancen des Freihandels für das Exportland Baden-Württemberg. Ebenso muss jedoch der Schutz der in Deutschland und Europa erreichten Standards gewährleistet werden. Um der zunehmenden Europaskepsis zu begegnen, arbeitet das Ministerium an einer zukünftigen Europastrategie des Landes, die ausdrücklich auch die Akteure der Zivilgesellschaft einbinden soll. Mit regelmäßigen Besuchen in der Brüssel knüpft Guido Wolf das europäische Netzwerk des Landes noch fester. So bot der traditionelle „Donausommer“ die Gelegenheit rund 300 Gäste aus Rat, Kommission, Parlament und Verbänden in der Landesvertretung zusammenzubringen.

Tourismusland Baden-Württemberg

In seiner neuen Zuständigkeit als Tourismusminister hat Guido Wolf bereits zahlreiche Spitzengespräche mit wichtigen Akteuren des Tourismus geführt. Bei der Fortschreibung des Tourismuskonzeptes setzt er mit den Verbänden auf die Schwerpunkte demographischer Wandel und Digitalisierung. Zusammen mit dem Heilbäderverband wurde ein Gutachten zur Weiterentwicklung der Heilbäder und Kurbetriebe auf den Weg gebracht. Den kommenden Tourismustag 2017 auf der CMT hat der Minister unter das Thema „Regionalität“ gestellt, um dem wachsenden Bedürfnis der Urlauber nach Geborgenheit und Heimat Rechnung zu tragen. Zur Förderung dieser regionalen Stärke wurden im Rahmen des Tourismusinfrastrukturprogrammes zudem bereits drei bedeutende Vorhaben in Freudenstadt, Kressbronn und Hinterzarten mit einem Volumen von insgesamt 2,33 Mio. Euro gefördert.

»BIS IN JEDES SCHWARZWALDTAL.«



Peter Hauk MdL ist zurück im „MLR“. Das Ministerium für den Ländlichen Raum führte der gelernte Förster bereits von 2005 bis 2010. Starke Chancen, wirtschaftlicher Erfolg und erstklassige Lebensqualität zeichnen den Ländlichen Raum aus, so Hauk. „Und wir werden hart dafür arbeiten, dass das auch in Zukunft so bleibt“, so der Minister.

Wir unterstützen unsere Milchviehhalter in der schwierigen Wettbewerbssituation

Bereits am 6. Juni 2016 hat Minister Peter Hauk anlässlich der kritischen Lage am Milchmarkt die wesentlichen baden-württembergischen Akteure zum Gespräch eingeladen, um sich einen Eindruck von der Situation zu verschaffen.

Wir wollen die Milchwirtschaft in Baden-Württemberg erhalten. Wir wollen, dass unsere Wiesen bewirtschaftet, regionale Produkte angeboten werden und unsere Kulturlandschaft erhalten bleibt. Regionalität, Heimatgefühl und Qualität werden immer mehr zu kaufentscheidenden Kriterien für Verbraucherinnen und Verbraucher. Klar ist: Wir sind gefordert, in einem schwierigen Marktumfeld die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Kurzfristig brauchen wir Lösungen, die die Betriebe sicher durch diese Krise bringen. Langfristig müssen wir die Wertschöpfung mit Qualitätsprodukten und Spezialitäten aus Baden-Württemberg derart stabilisieren, dass unsere Betriebe für Krisen besser gerüstet sind, besser planen können.

Deshalb haben wir auch den 10-Punkte-Plan Milch aufgelegt, der insbesondere den Start einer langfristigen Verbraucherkampagne zur Stärkung regionaler Produkte vorsieht.

Einsatz auf Bundes- und EU-Ebene für wirksame Kriseninstrumente

Wir haben uns beim Bund für einen erhöhten Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung und die schnelle Einführung der Steuerglättung für einen Zeitraum von 3 Jahren stark gemacht. Im Bundesrat hat Baden-Württemberg dem Mehrheitsbeschluss zu Änderungen im Agrarmarktrecht zugestimmt, um damit unter anderem befristet freiwillige Mengenabsprachen am Milchmarkt kartellrechtlich zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass das weitere EU-Hilfsprogramm, aus dem 58 Mio. Euro nach Deutschland gehen, schnellstmöglich umgesetzt wird.

Starkregen und Überschwemmungen haben im Land schwere Schäden verursacht. Wo die Landwirtschaft mit gravierenden Schäden betroffen war, haben wir 6,5 Mio. Euro Unwetterbeihilfen aus Landesmitteln bereitgestellt.

Starke Unterstützung für die Gemeinden im Ländlichen Raum

Die Gemeinden im Ländlichen Raum werden wir mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) stärker unterstützen, um die Grundversorgung vor Ort sicherzustellen, ein attraktives Wohnumfeld zu erhalten, Arbeitsplätze zu schaffen und Gemeinschaftseinrichtungen

aufzubauen. Damit unterstützen wir zugleich Mittelstand und Handwerk, aktivieren innerörtliche Potenziale zur Stärkung der Ortskerne und wirken damit dem Flächenverbrauch entgegen.

Wir bieten den betroffenen Gemeinden rasche Hilfe aus dem ELR. Dafür haben wir kurzfristig eine neue Sonderlinie Unwetterhilfe aufgelegt.

Mehr und mehr finden sich in dörflichen Ortskernen ältere, ungenutzte Gebäude. Gleichzeitig besteht auch im Ländlichen Raum der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum. Die Hälfte der ELR-Mittel steht in diesem Jahr für Anträge auf Förderung wohnraumbezogener, innerörtlicher Projekte bereit. Dadurch verbessern wir die Lebensqualität und stärken den Ländlichen Raum auch als künftigen Wohn- und Arbeitsort.

Auch die wohnortnahe Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen haben wir im Blick. Wir setzen uns für den Erhalt von Dorfgasthäusern und Dorfläden ein und strengen uns bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung an.

Kabinettsausschuss für den Ländlichen Raum

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Ländlichen Raums ist eine der zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren. Hier müssen wir Ressourcen bündeln. Auf unsere Initiative wurde ein Kabinettsausschuss für den Ländlichen Raum eingerichtet.

Verlässlicher Verbraucherschutz

Ein besonderes Anliegen ist uns die Lebensmittel- und Produktsicherheit. Alle Menschen haben das Recht auf sichere Lebensmittel und Produkte. Sie müssen sich auf staatliche Kontrollen verlassen können.

Seit 2002 gibt es im Land das Ökomonitoring. Im Juni 2016 haben wir es erneut vorgestellt. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen darauf vertrauen können, dass Bioprodukte in heimischen Regalen rückstandsfrei sind und die versprochene Qualität tatsächlich haben. Dieses Vertrauen fördern wir und setzen unser erfolgreiches Ökomonitoring auch künftig intensiv fort.

Ende Juli haben wir die Bilanz der amtlichen Lebensmittel-, Trinkwasser- und Futtermittelüberwachung im Land für 2015 vorgelegt. Verbraucherinnen und Verbraucher im Land können sich darauf verlassen, dass die Futtermittel- und Lebensmittelkontrolle im Land funktioniert und die Lebensmittelsicherheit gewährleistet ist. Unser Essen war noch nie so sicher wie heute. Auch

beim Trinkwasser zeigen die Ergebnisse, die Qualität ist hervorragend. Wir werden unsere Ressourcen im gesundheitlichen Verbraucherschutz weiter stärken und bündeln. So können wir die Herausforderungen der modernen Lebensmittelwirtschaft weiterhin gut bewältigen.

Unser Wald als Produktionsstätte, Erholungs- und Naturraum in einem

Unser Wald liefert den wertvollen klimaneutralen Rohstoff Holz, ist Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, dient dem Klimaschutz und der Daseinsvorsorge in besonderem Maße. Diese vielfältigen Funktionen gilt es in einem fairen Interessenausgleich in Balance zu halten. Wir sehen den Wald unter dem Leitbild der nachhaltigen Nutzung. Wir wollen unsere bundesweite Rolle als „Holzbau- und Nr. 1“ festigen und ausbauen.

Freizeit, Erholung, Gesundheit und Naturschutz sind wichtige Interessen beim Umgang mit der Ressource Wald. Wir arbeiten stets an einer ausgewogenen Balance zwischen den Interessen des Waldeigentums und der Gesellschaft. Zu all diesem bedarf es einer leistungsfähigen Forstorganisation, die die Waldbesitzer unterstützt. Der Ausgang des laufenden Kartellrechtsstreits wird weitreichende Folgen für die Forst- und Holzwirtschaft im Land haben. Es gilt, bewährte Strukturen und Kooperationen zu bewahren und kartellrechtskonform weiterzuentwickeln, damit auch in Zukunft der Wald wirtschaftlich erfolgreich und nachhaltig bewirtschaftet werden kann.

Am 12. Juli hat der Ministerrat einen Änderungsentwurf zum Jagd- und Wildtiermanagementgesetz beschlossen. Im Entwurf ist vorgesehen, dass Schwarzwild bei geschlossener oder durchbrochener Schneedecke im März auch im Wald bejagt werden kann, da die Kontrastverhältnisse eine besonders günstige Jagdsituation darstellen. Wir reagieren damit in einem ersten Schritt auf Hinweise von Praktikern, nämlich die örtlich teilweise sehr hohen Schwarzwildbestände und entsprechende Wildschadenssituationen.

Daneben sieht der Entwurf eine Verringerung der erforderlichen Mindestfläche für Fütterungskonzeptionen bei Rehwild von 2500 auf 1500 Hektar vor, um auf lokale Besonderheiten flexibel zu reagieren. So kann man beispielsweise einen erhöhten winterlichen Energieverbrauch ausgleichen, wenn in stark freizeitgenutzten Waldgebieten das Wild öfters durch die Gegenwart von Touristen aufgeschreckt wird.

»VERLÄSSLICH IM MITEINANDER, INNOVATIV BEI LÖSUNGEN, NACHHALTIG IN ENTSCHEIDUNGEN«

VON GENERALSEKRETÄR MANUEL HAGEL MDL

Grün und Schwarz zusammen – geht das überhaupt? Das haben sich viele gefragt. Die ersten 100 Tage der neuen Landesregierung zeigen: ja, das geht. Es geht sogar besser, als die meisten erwartet haben. Die Vertrauensbasis stimmt. Es haben sich zwei Koalitionspartner gefunden, die sich nicht gesucht haben, die aber eines eint: „Wir wollen den Menschen in Baden-Württemberg dienen.“

Diesem Anspruch gerecht zu werden, bedeutet, eine Politik zu gestalten, die dem Wohl der Menschen verpflichtet ist. Wir sind überzeugt, dass dies mit der CDU besser gelingt als ohne sie. Wir sind überzeugt, dass die Grundwerte der CDU – heute mehr denn je – dazu entscheidend beitragen: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Daraus schöpfen wir unsere Überzeugungen und daran orientieren wir unser politisches Handeln. Verlässlich im Miteinander, innovativ bei Lösungen und nachhaltig bei Entscheidungen – das zeichnet gleichermaßen die neue Landesregierung wie die CDU aus. Gerade deshalb ist die CDU in dieser Koalition deutlich sichtbar: mit klaren Positionen und mit starken Persönlichkeiten.

Für mehr Innere Sicherheit im Land

Mit Thomas Strobl als Innenminister steht die Sorge um die Sicherheit der Menschen an erster Stelle. Das Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Terrorismus, Islamismus und Internetkriminalität trägt seine Handschrift. Der Kampf gegen Einbrüche ist wieder zu einem Schwerpunktthema geworden. Und unsere Polizei wird in ihrer Arbeit durch den Einsatz von Body-Cams besser geschützt werden.

Entschlossenes und wirkungsvolles Handeln haben die Unwetter im Mai erfordert. Mit schneller und unbürokratischer Soforthilfe wurde geholfen, wo es nötig war.

Vorfahrt für die Digitalisierung

Als entscheidendes Zukunftsthema für Baden-Württemberg ist die Digitalisierung mit allen Aktivitäten des Landes beim Stellvertretenen Ministerpräsidenten Thomas Strobl gebündelt. Schnelles Internet ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft Baden-Württembergs. Wir unterstützen die Kommunen zielgerichtet beim Breitbandausbau.

Qualität und Vielfalt in der Bildungspolitik

Dr. Susanne Eisenmann sorgt als Kultusministerin für Ruhe und Verlässlichkeit in der Bildungspolitik. Qualität statt Strukturdiskussionen steht mit der CDU wieder im Mittelpunkt. Mehr Förderung in den Kernfächern bereits in der Grundschule und eine verlässliche Planung für die Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige werden auf den Weg gebracht.

Die Gymnasien und die Realschulen werden mit mehr Deputaten und mehr Poolstunden gestärkt. Damit wird die einseitige Bevorzugung der Gemeinschaftsschule beendet. Um die Themen Verlässlichkeit und Flexibilität weiter voranzubringen, lädt Susanne Eisenmann für den Herbst zu einem Ganztagschulkongress ein.

Wieder ein eigenes Ressort für die Wirtschaft

Baden-Württemberg hat wieder ein eigenständiges Wirtschaftsministerium. Das wird der Bedeutung der Wirtschaft für unser Land gerecht. Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut bringt ihren Sachverstand für eine Wirtschafts- und Mittelstandspolitik aus einem Guss ein – bei den Themen „Wirtschaft 4.0“, der Förderung der beruflichen Ausbildung und der Arbeitsmarktpolitik.

Mit der Gründung der Wohnraum-Allianz geht Nicole Hoffmeister-Kraut eine zentrale Zukunftsaufgabe tatkräftig an: mehr bezahlbaren Wohn-



raum schaffen. Besonders dem Mittelstand als Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft gilt die besondere Aufmerksamkeit bei allen auf den Weg gebrachten Maßnahmen.

Starke Justiz für ein starkes Baden-Württemberg

Guido Wolf kann an der Spitze des Justizministeriums seine ganze Erfahrung aus Verwaltung und Justiz einbringen. Die Vorbereitungen für ein „Kopftuchverbot“ für Richterinnen und Staatsanwältinnen laufen, weitere Standorte der „Häuser des Jugendrechts“ sind in der Prüfung und Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland die vollelektronische Akte einführen.

Das im Justizministerium angesiedelte Thema Europa ist durch den „Brexit“ aktueller denn je. Mit einer „Brexitfolgenabschätzung“ will Guido Wolf die vielfältigen Auswirkungen auf Baden-Württemberg bewerten lassen. Um der zunehmenden Europaskepsis zu begegnen, arbeitet das Ministerium an einer Europastrategie für Baden-Württemberg.

Der Ländliche Raum ist in guten Händen

Das Ministerium für Ländlichen Raum ist bei Peter Hauk wieder in guten und vertrauten Händen. Das zeigt die Initiative der CDU, einen Kabinettsausschuss für den Ländlichen Raum einzurichten. Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum wird noch mehr auf die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität der Gemeinden ausgerichtet.

Die Landwirtschaft kann auf uns zählen: bei Unwetterhilfen, aber auch beim Erhalt unserer bäuerlichen Familienbetriebe. Darüber hinaus setzt Peter Hauk auf einen verlässlichen Verbraucherschutz, auf Baden-Württemberg als „Holzland Nr. 1“ sowie auf sinnvolle und umsetzbare Änderungen beim Jagd- und Wildtiermanagementgesetz.

Der Verantwortung gerecht werden

Die CDU steht in der Koalition zu ihrer Verantwortung – im Land und im Bund. Wir haben mit den Grünen vereinbart, dass Baden-Württemberg im Bundesrat der Anerkennung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer ebenso zustimmt wie der Reform des Erbschaftssteuergesetzes. Das schafft Verlässlichkeit und zeigt auch in diesen Punkten: **Die schwarze Handschrift wirkt.**



Bildnachweis:

CDU Baden-Württemberg (4, S.2, 4., 10., 15), Fotolia - famveldman (1, S.7), Fotolia - © Heiko Küverling (1, S.5), Fotolia - xiaoliangge (1, S.5), Fotolia - ulaymiro37046 (Umschlag und Innenenseiten), Pressebilder der Ministerien

Herausgeber:
CDU Baden-Württemberg | Landesgeschäftsstelle
Hasenbergstraße 49b | 70176 Stuttgart
Telefon 0711/66904-0 | Telefax 0711/66904-15
info@cdu-bw.de | www.cdu-bw.de

